

Peter Glotz
Was sollen wir tun?

Vielleicht darf ich mit einem allgemeinen Rat für diejenigen beginnen, die dafür sorgen müssen, dass wir gut durch die Stromschnellen kommen. Ich bin das ja nicht mehr, gehöre da nicht mehr dazu. Es sind vor allem die Politiker, gelegentlich aber auch die wirtschaftlichen Eliten. Ich erzähle Ihnen dazu eine kleine Geschichte: Ein tolles Kanonenboot der Bundeswehr fährt bei dichtem Nebel durch die Ostsee. Plötzlich sieht der wachhabende Offizier ein Blinklicht. Er funkt: „Steuern Sie 30° Nord-nordwest, wir stoßen sonst zusammen.“ Als Antwort erhält er den Funkspruch: „Steuern Sie um.“ Erbozt funkt der Offizier zurück: „Steuern Sie sofort um, wir sind die Bundeswehr, wir haben das Vorrecht.“ Da bekommt er als Antwort: „Sie müssen umsteuern, wir sind ein Leuchtturm!“

Die Fahrensmänner müssen sich klar machen, dass es an den Küsten unserer Zeit ziemlich viele Leuchttürme gibt. Auf einem traditionellen Vorrecht zu bestehen: „Das haben wir immer bekommen, das ist immer so gewesen“, könnte zu Kollisionen führen.

Ich will zuerst ein paar prinzipielle Bemerkungen zum Zustand unserer Gesellschaft, genauer gesagt zur Veränderung der Industriegesellschaft zur digitalen Gesellschaft machen und dann auf das Thema eingehen „Was sind eigentlich die Grundbedingungen der Reform, welche Reformen müssen gemacht werden und in welchem Zustand ist die Bundesrepublik“. Die Grundfrage „Was sollen wir tun?“ muss natürlich letztlich das Parlament beantworten, aber vielleicht kann man ja ein paar Vorschläge machen.

Die von der modernen Informationstechnik geprägte Ökonomie wird von vier Grundkonstellationen geprägt. Ich nenne sie Dematerialisierung, Beschleunigung, Dezentralisierung und Globalisierung. Natürlich ergreifen diese Grundtendenzen niemals die ganze Gesellschaft. Alle reden von Informationsverarbeitung, alle reden von Dienstleistung. Trotzdem gibt es in Deutschland noch einen erheblichen Industriesektor ähnlich wie in Japan, Gott sei Dank, und den wollen wir uns auch erhalten. Es gibt immer auch noch Landwirtschaft, wenn das auch nur noch knapp 3% der Bevölkerung sind, die wollen wir uns selbstverständlich auch erhalten. Die Trends betreffen nie 100% der Menschen in einer Gesellschaft.

Dematerialisierung heißt, dass ein großer Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit im digitalen Kapitalismus nicht mehr von der Verwertung von Bodenschätzen und von Stoffumwandlungsprozessen – zu denen man viel Energie braucht – getragen wird, sondern eben von der Verwertung von Informationen – der Weg geht zur schwerelosen Wirtschaft, wie das unser Kollege Anthony Giddens von der London School of Economics ausdrückt. Die hardware-orientierte Industriegesellschaft wandelt sich zu einer software-orientierten Informationsgesellschaft. Das hängt natürlich insbesondere mit der Miniaturisierung in der Mikroelektronik zusammen. Wertschöpfung wird mit viel geringerem Energieeinsatz möglich als vor 30 Jahren.

Die zweite Grundströmung heißt Dezentralisierung. Auch das geht aus von der Mikroelektronik. Denken Sie an den Personalcomputer. Früher scheiterten Handelswege, Marktplätze und Informationen bei zentraler Steuerung an ihrer Komplexität, an ihrem Vernetzungsrad. Die heute mögliche Dezentralisierung rüfeln den organisierten Kapitalismus auf und wir bekommen Outsourcing, just-in-time-Produktion, flachere Hierarchien, also eine Veränderung unserer Wirtschaft.

Ich glaube, dass die wichtigste Grundtendenz die Beschleunigung ist, deswegen habe ich ja ein Buch hier in Erfurt über ‚die beschleunigte Gesellschaft‘ geschrieben. Am eindringlichsten ist das symbolisiert im 24-Stunden-Geldmarkt. Wenn eine Börse irgendwo schließt, macht irgendwo anderes eine auf. Daraus entstehen Entwicklungsprozesse, die es vorher so nicht gegeben hat. Die Finanzwirtschaft ist weit mächtiger und bewegt viel mehr Milliarden täglich als die Güter- und die Dienstleistungsmärkte. Das muss man nicht mögen, aber das ist so. Ich muss Ihnen die vielen Stichworte nicht nennen, Verkürzung der Marktpräsenzzeiten, Verkürzung der Entwicklungszeiten, timebased Management, simultaneous Engineering. Es wird alles schneller, und das betrifft auch unser persönliches

Leben. Manche machen da mit, und manche machen nicht mit. Manche gehen auch an diesem Tempo kaputt. Aus diesem Grund ist Beschleunigung eine der Grundtendenzen der digitalen Gesellschaft.

Bleibt die viel beredete Globalisierung. Ich finde, man muss diesen Begriff kommunikativ fassen, nicht nur ökonomisch. Es geht nicht nur um Handelsverflechtungen. Verkehrs- und Kommunikationsmittel haben Erfurt und Los Angeles in einer Weise aneinander angenähert, wie man das sich nicht vorstellen konnte. Stellen Sie sich vor, wenn man vor 30 Jahren, weil das Telefonieren ungeheuer teuer war, einen Brief nach Los Angeles schrieb - jetzt gehe ich gar nicht mal davon aus, dass das noch unterschiedliche politische Systeme waren, auch wenn der Absender nicht in Erfurt, sondern in München saß -, dauerte es eine Woche. Bis Sie die Rückantwort bekamen, noch eine Woche. Heute tippt einer auf seinem Computer und schickt eine e-mail ab, und fast mit Lichtgeschwindigkeit hat das der andere auf seiner Festplatte und kann antworten. Das verändert natürlich die ganze Organisation unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Durch die internationalen Kapitalverflechtungen kann eine einzige Volkswirtschaft das gesamte System ins Wanken bringen – denken Sie an Argentinien. Wehe, es würde uns mit einer größeren Gesellschaft, gar mit den Vereinigten Staaten, passieren. Wir können Produkte, die den wohlhabenden Bewohnern in München oder New York verkauft werden, in der Dritten Welt zu Billiglöhnen produzieren lassen. Zwischen all dem spielt das private Finanzkapital seine Spiele. Es beeinflusst die Sozialgesetzgebung in Europa, reduziert – das ist jetzt der Kern unseres Themas in Deutschland, aber genauso in Österreich und Athen und genauso in Großbritannien oder in Frankreich – den Sozialstaat und sorgt dafür, dass weder die EU noch die G8 noch sonstige internationale Gremien allzu viel zu sagen haben. Bleiben die Globalisierungsgegner, aber die können sich nur auf die Tobintax einigen und das langt dann auch nicht, weil die nur dann funktionieren würde, wenn alle sie gemeinsam einführen, woran natürlich die großen kapitalistischen Länder überhaupt nicht denken.

Nun bin ich bei einem der zentralen Themen. Das hat entscheidende Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. In wenigen Jahren wird mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze in unserem Land knowledge-based sein – wissensbasiert -, wenn auch sicher in unterschiedlichem Ausmaß. Auch der Job eines Menschen, der in der Bank am Schalter steht, ist wissensbasiert, denn er muss mit dem Computer umgehen, wenn Sie einen Scheck einreichen. Aber das sind die einfacheren Jobs. Viel komplizierter ist das im Management, in der Beratung, in der Finanzdienstleistung usw. Jetzt hören Sie sich an, was der bekannteste deutsche, inzwischen aber von der Staatsangehörigkeit her britische Soziologe – nämlich Ralf Dahrendorf – sagt: „Die Wissensgesellschaft erweist sich als Gesellschaft des bewussten Ausschlusses vieler aus der modernen Arbeitswelt.“ Das heißt, dass man für Arbeit (Produktivitätssteigerung), für die man früher 30 Leute gebraucht hat, vielleicht nur noch vier braucht. Man braucht zweitens für diese Arbeit Leute mit Computer- und Media-Literacy, also mit Kompetenz für diese modernen Apparate und eine solide allgemeine Grundbildung. Viele Menschen haben das nicht, entweder wegen Mängeln in unserem Bildungssystem oder weil es auch nicht in ihren Genen steckt, oder weil sie die lebenslange Energie zur Weiterbildung nicht aufbringen, aus welchem Grund auch immer. Also müsste sich die Politik darauf einstellen. Wir werden einen polarisierten Arbeitsmarkt behalten, auch wenn wir eine bessere Arbeitsmarktpolitik machen sollten als heute. Viele moderne Dienstleistungs- und Informationsverarbeitungsfirmen werden händeringend Arbeitnehmer suchen und sagen: wir brauchen einen bestimmten Ukrainer oder einen bestimmten Amerikaner. Gleichzeitig sind Millionen von Menschen bei uns arbeitslos, weil sie nicht auf die Jobs passen, die angeboten werden. Das führt zu dem, was ich eine Zweidrittel-Gesellschaft nenne. Also: ein Block von zwei Dritteln der Beschäftigten wird auch in dieser digitalen Ökonomie und in den Resten der Industrie und Agrarökonomie gut bezahlte Aufgaben finden. Ich nenne das den Zweidrittel-Block. Aber die Menschen, die dort arbeiten, müssen sich der Beschleunigung aussetzen, die bei uns nun üblich geworden ist allein durch das Instrument des Handy - des Mobilfunkgeräts -, durch den Computer, durch den PC. Fahren Sie mal in einem Zug, dann sehen Sie zahllose Leute sitzen mit diesen flachen Kästen und ihr Büro erledigen. Noch als ich ein junger Mann war, fand das Büro, wenn man drei Tage verreist war, nicht statt. Man konnte nur zweimal am Tag in eine Zelle gehen und anrufen und sagen: Ist was? Heute klingelt es 26 Mal. Einmal rufe ich an, einmal ruft meine Sekretärin an. Das ist in jedem Managementjob so, und anders geht das auch nicht. Das verändert die psychische Belastung, der wir alle ausgesetzt sind. Einige machen das mit, einige halten das nicht aus, einige wollen es nicht mitmachen. Das verändert

die Struktur unserer Gesellschaft. Ein Drittel bleibt draußen. Das sind einmal die Arbeitslosen, die man gar nicht mitspielen lässt, das sind aber auch Menschen, die sich der Disziplin der Arbeit in der beschleunigten Gesellschaft nicht unterwerfen wollen – die Amerikaner nennen das die Downshifter, die Menschen, die lieber in prekären Arrangements leben, der Vater Lehrer auf einer Zweidrittelstelle, die Mutter in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis, aber die Oma hat ein halbes Häuschen, das irgendwann, wenn sie stirbt, vererbt werden wird usw. usw. Sie kennen all diese Arrangements unterschiedlichster Art von Menschen, die mehr Zeit erlösen, z. B. für ihre Kinder oder diejenigen Lebensziele, die sie sich setzen. Ich sage ausdrücklich, die Entscheidung gegen ein Leben in diesem Zweidrittel-Block unter dem Druck der Beschleunigung ist legitim. Aber da haben Sie schon das Gerechtigkeitsproblem, das jetzt bei den Reformen auf uns zukommt. Eine Gesellschaft, die nicht 5% Wissensarbeiter hat, die sich wirklich schinden, die bereit sind, alle 3 Jahre umzuziehen, die alles das auf sich nehmen, was das für Familie, Zusammenleben usw. bedeutet, und die diese 5% dann nicht gut behandelt und bezahlt, wird ein zu geringes Wachstum haben und in der Konkurrenz der Standorte verlieren. Das ist heute völlig anders als vor 50 Jahren. Da sind wir schon bei der Steuerreform.

Ich sehe vor allem drei Grundprobleme, auf die die Politik reagieren muss. Erstens sind wir und die meisten europäischen Nachbarstaaten mit uns eine alternde Gesellschaft. Erstmals in der Menschheitsgeschichte ist der Anteil älterer Menschen größer als der jüngerer. In 40 Jahren stehen in Deutschland 8 ältere von über 60 nur noch 3 jungen gegenüber, die ihr zwanzigstes Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Dieser Trend ist weder durch gutes Zureden noch durch die Familienpolitik von Frau Schmidt oder sonst einer Politikerin zu verändern. Sie können den Leuten nicht sagen, sie müssen mehr Kinder kriegen, wir geben auch mehr Kindergeld. Das Instrument Kindergeld greift nicht. Es gibt auch sonst keine administrativen Mittelchen. Ich bestreite nicht, dass man Familien besser behandeln kann, als man sie jetzt behandelt. Aber dass 40% akademisch ausgebildeter Frauen keine Kinder kriegen, hat eine Fülle von sehr komplexen Gründen und ist nicht aushebelbar mit Kindergeld oder irgendeinem anderen Instrument dieser Art. Wer bestreiten wollte, dass diese Entwicklung einen weitgehenden Umbau des Renten- und Gesundheitssystems verlangt, frönte einem ebenso trotztigen wie lebensgefährlichen Traditionalismus.

Zweitens kann man nicht mehr darüber hinwegsehen, dass Vollbeschäftigung immer mehr zu einer Funktionärsphrase verkommt. Vollbeschäftigung im alten Sinn gibt es nicht mehr, das gab es zwischen 1950 und 1975. Durch gute Politik kann man mehr Beschäftigung erreichen als durch schlechte Politik. Deswegen geht es der Schweiz besser als Deutschland. Das hat aber auch noch zahllose andere Gründe, weil natürlich eine so kleine Gesellschaft mit ‚der‘ Tradition und ‚der‘ Geschichte sich leichter behaupten kann, als eine so große wie die deutsche. Es gibt ein berühmtes Buch von Burkart Lutz „Der kurze Traum immerwährender Prosperität“. Der hat das schon in den 80iger Jahren deutlich gemacht. Das aber heißt, dass wir auf Dauer mit einer neuartig komponierten Unterklasse leben müssen, die wissensintensive Jobs entweder nicht bekommt oder nicht will, wegen der stark verdichteten Arbeit. Das heißt, das Patentrezept „mehr Wachstum gleich weniger Arbeitslosigkeit“ gilt in einer wissensintensiven und kapitalintensiven Gesellschaft nicht mehr. Was immer die Gewerkschaften sagen, was immer die SPD sagt, was immer die CDU sagt, es stimmt nicht mehr. Den Kanzler, der Ihnen „Vollbeschäftigung“ zurückbringt, können Sie nicht wählen.

Dazu kommt dann drittens die Wiedervereinigung. Mir wird hier keiner unterstellen, dass ich – nachdem ich sehr kritisch war 1989 – „dagegen“ sei. Aber machen Sie sich einen Augenblick klar, was das bedeutet. Es bedeutet, Deutschland hat etwa dasselbe gemacht, was Amerika gemacht hätte, wenn es 1989 Mexiko kooptiert hätte. Die vielen hundert Milliarden Transfer von West- nach Ostdeutschland sind eine gewaltige Leistung, aber das Geld fehlt natürlich an anderer Stelle. Die Politiker trauen sich meistens nicht, das zu sagen, vor allem trauen sie sich das nicht in den neuen Bundesländern. Ich bin überhaupt nicht dagegen, dass wir die Entscheidungen so getroffen haben, ich sage nur: Wenn man A sagt, muss man B sagen. Zwischen 1990 und 2000 hat sich die Schuldenlast der Republik von 615 auf 1227 Milliarden € verdoppelt. Auch wenn man sagt, das war notwendig, muss man wissen, dass man nicht mehr so weitermachen kann wie in den 70er und 80er Jahren, einfach weil der Finanzminister alleine für den Schuldendienst zig Milliarden € im Jahr aufbringen muss, ca. 20% des ganzen Haushaltes. Die Investitionsquote ist auf Grund dieser Entwicklung, die natürlich die Schweiz nicht hatte und

die Frankreich nicht hatte und viele andere Länder auch nicht, gefährlich gesunken und der deutsche Kapitalstock veraltet.

Wer einräumt, dass diese drei Tendenzen, die man mit Zahlen belegen kann, nicht bestreitbar sind, der muss erkennen, dass die deutschen Sozialsysteme nicht mehr über genug Geld verfügen werden, um das zu leisten, was ihre Paragraphen versprechen. Die Idee, dass man als Arbeitnehmer weder für das Alter noch für den Krankheitsfall persönlich vorsorgen müsse, weil das der Staat schon tut, dem man ja Sozialabgaben überwiesen hat, trägt nicht mehr. Das heißt also, diese Geisteshaltung muss aufgebrochen werden, was immer mehr Menschen akzeptieren, aber immer noch zu wenig, wie man an den Umfragezahlen für die Regierung sehen kann, aber genauso sehen würde, wenn eine andere Regierung Vergleichbares täte. Die Riester-Rente ist eine Schwalbe der Erkenntnis, die noch keinen Sommer macht. Meinhardt Miegel mag ein Sozialkonservativer sein, aber er hat Recht, wenn er sagt, „Wie die Sozialsysteme heute in Deutschland angelegt sind, binden sie die Vermögensbildungsfähigkeit breiter Bevölkerungsschichten und schaffen so ein Übermaß an Abhängigkeit vom Staat.“

Ich schließe daraus, der deutsche Sozialstaat ist zu preußisch geworden. Die Individualisierung produziert immer mehr Menschen, die das nicht akzeptieren, aber wir haben noch genügend Menschen, die auf den alten Patron Staat vertrauen. Deswegen gibt es diese Debatten um die Reformpolitik, die wir derzeit in ganz Deutschland, aber genauso in Österreich, in der Schweiz und in allen vergleichbaren Ländern haben. Auch die entsprechenden Demonstrationen sind fast überall gleich.

Es ist völlig sinnlos, gegen diese dünnen Fakten immer noch mit Konzepten anzurennen, die schon Anfang der 80er Jahre nicht mehr gegriffen haben. Wenn ich gelegentlich durch die Landschaft laufe und höre, was Herr Bsirske von ver.di sagt – ich gehöre den Vorläufern dieser Gewerkschaft seit 40 Jahren an – da kann ich nur sagen, es ist nicht mehr realistisch. Kreditfinanzierte Konjunkturprogramme gingen bei Willy Brandt, aber sie verpuffen in einer globalisierten Wirtschaft. Eine Nachfragepolitik nach Keynes könnte vielleicht die EU machen, die ist sich aber nicht einig, die macht das nicht gemeinsam. Das bisschen Geld, das ein Finanzminister in Deutschland in die Hand nehmen könnte, würde zwar mitgenommen, schüfe aber keine beachtenswerte Zahl von Arbeitsplätzen. Und die Idee, die es vor allem auch in Ostdeutschland gibt, man könne leicht noch viele Milliarden von den Besserverdienenden besorgen, ist leider auch nicht besonders realistisch. Natürlich gibt es hunderttausend Vermögende, die leicht irgendetwas entbehren könnten. Was mich aber bis zur Weißglut ärgert, das sind Linke, Advokaten und Politiker, die immer wieder Vorschläge machen, aber dann nicht sagen, wie die technokratisch umgesetzt werden sollen. Und bei der technokratischen Umsetzung sind die Steuerberater der Vermögenden immer besser als die Leute, Politiker und Advokaten, die die entsprechenden Vorschläge machen. Es braucht eine Zeitlang, bis ein Parlament ein Gesetz beschließt in der Demokratie, und bis das beschlossen ist, ist das Geld schon weg. Davon profitieren Österreich, Luxemburg, die Schweiz, die Kanal-Inseln und noch ein paar Steueroasen. Aber trotzdem gehen manche Politiker in die Versammlungen in die Hinterzimmer der „Grünen Linde“ und sagen, wir sind die Sozialen, wir wollen die Erbschaftssteuer erhöhen für die Reichen. Das führt zu gar nichts, außer zu einem bisschen dünnen Beifall in dünn besetzten Hinterzimmern der Gaststätte „Zur grünen Linde“. Das heißt, das Argument, die Leute wollen aber keine Selbstbeteiligung oder keine Erhöhung der Selbstbeteiligung beim Kauf von Medikamenten, sie wollen keine Studiengebühren, sie wollen keine Rentenkürzung, ist absolut richtig. Aber es trägt nirgends hin. Wer immer Kanzler oder Kanzlerin in diesem Land ist, muss dafür sorgen, dass die Sozialsysteme bezahlbar bleiben und er kann eben leider nicht damit rechnen, dass übermorgen Vollbeschäftigung kommt und die Probleme weggepustet werden. Wenn die käme, könnte man sagen, na ja, für die zwei Jahre, bis die Konjunktur anspringt, nehmen wir Schulden auf, und dann anschließend sparen wir wieder. Sie kommt aber nicht, diese Vollbeschäftigung. Das heißt, dass der Bundeshaushalt stark belastet ist durch die notwendigen Sozialleistungen, durch die Arbeitslosen. Es sind weniger Leute, die in die Sozialsysteme einzahlen, weil eben viele arbeitslos sind. Wenn das so ist, muss man daraus Konsequenzen ziehen. Da verlange ich von einem verantwortlichen Politiker, dass er das begreift und akzeptiert. Der unausweichliche Rückbau des Sozialstaates, der muss kommen, er wird kommen. Es ist nur die Frage, welche Regierung es wann akzeptiert.

Nun hat Wolfgang Bergsdorf schon auf meine Veröffentlichung in der FAZ hingewiesen. Ich beteilige mich an einem „Konvent für Deutschland“, an dem viele unter der Leitung von Roman Herzog und Klaus von Dohnanyi beteiligt sind. An einem Punkt sind wir alle einer Meinung: Dieses System, was wir heute haben, führt dazu, dass Regierungen nicht mehr kraftvoll regieren, sondern taktieren, Verhandlungsmasse in ihre Vorschläge einbauen. Wenn die eine Seite die Mehrheit im Bundestag hat, hat zwei Jahre später die andere Seite die Mehrheit im Bundesrat und dann wird das drittgrößte Industrieland der Welt aus dem Vermittlungsausschuss regiert. Dieser verhandelt natürlich hinter verschlossenen Türen von abends um 8.00 Uhr bis morgens um 6.00 Uhr oder auch von nachmittags um 2.00 Uhr bis um 9.00 Uhr. Dann kommt irgendein Kompromiss raus, aber es kommt nie eine politische Richtung raus. Es ist eine permanente große Koalition, aber ohne Verantwortung, ohne dass die Führungen der Parteien Verantwortung übernehmen.

Insgesamt haben wir derzeit ein System der Verflechtung zwischen Bund und Ländern, wo Bund und Länder nicht mehr tun können, was sie wollen. Inzwischen sind 60% aller Gesetze mitbestimmungsbedürftig durch den Bundesrat, d. h., alles geht durch diesen Filter. Es macht überhaupt keinen Sinn, diejenigen, die jeweils blockieren, zu beschimpfen. Einmal heißt der, der blockiert, Lafontaine, jetzt heißt sie Merkel, in meiner Jugend hieß der, der blockierte, Stoltenberg. Ich war Staatssekretär in einer Regierung Schmidt. Die, die blockieren, können gar nicht anders. Wenn sie das nicht täten, würden sie in den eigenen Parteien totgeschlagen. Sie verhalten sich absolut rational in einem irrationalen System. Ich sage Ihnen, wenn wir dieses irrationale System nicht verändern, wird es sehr schwer sein, Reformen durchzusetzen.

Ich glaube, die Zeit wird langsam reif für Veränderungen. Schauen Sie sich einmal um in Deutschland: Hartz-Kommission, Rürup-Kommission, Herzog-Kommission, Merz-Kommission zur Steuerreform, Föderalismuskommission. Das geht gar nicht, dass die Politik alle diese Sachverständigen mobilisiert und zum Schluss gar nichts macht. Es kommt etwas in Bewegung. Zwar gibt es den berühmten Satz des Wirtschafts-Nobelpreisträgers Buchanan, der in einem großen Interview in der FAZ vor wenigen Tagen gesagt hat: „In Deutschland muss alles noch viel schlechter werden, bis es besser werden kann“. Alle haben Angst vor den Wählern und trauen sich nicht, sich wirklich zu bewegen. Aber die Konkurrenz dieser Reformpläne ist doch typisch. Die CDU unter Frau Merkel bereitet sich mit so tief greifenden Vorschlägen wie „Kopfpauschale“ in der Krankenversicherung (Vorschlag von Roman Herzog) und Kirchhoffsche Steuerreform auf die Wahlen vor. Wer so radikal den Mund spitzt und hinterher nicht pfeift, würde in große Schwierigkeiten kommen. Dasselbe gilt für Schröder mit seiner Agenda 2010. Ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt, wo in der Tat etwas passieren wird. Seit Anfang der 90er Jahre sage ich: Ohne Studiengebühren gehen die Universitäten kaputt. Ich sage das erstens, weil ich glaube, dass die Finanzminister immer weniger Geld haben, um die Universitäten zu alimentieren – das habe ich schon vor 10 Jahren gesagt, unter wilden Protest meiner eigenen Partei – und zweitens es ist ein Leitsystem. Man hat einen Markt, der viel besser leitet, als eine zentrale Vergabestelle von Studienplätzen, die in Dortmund existiert. Inzwischen aber ist Frau Merkel für Studiengebühren, Herr Goppel, der neue Wissenschaftsminister von Bayern, ganz im Unterschied zu seinem Vorgänger Zehetmair, in der SPD gibt es eine Gruppe junger Abgeordneter, die heißen die Netzwerker. Führungsmann ist der frühere Ministerpräsident von Niedersachsen, Gabriel, die sind auch für Studiengebühren, wenn auch für „nachgelagerte“. Die Hochschulrektorenkonferenz, die noch zu meiner Zeit, als ich hier für Erfurt war, dagegen war, ist inzwischen dafür. Also ich denke, hier tut sich was. Das dauert noch zwei Jahre in Deutschland oder vielleicht auch noch drei Jahre. Aber die Zeit, in der man einfach sagen könnte, alles Quatsch, lässt die reden, es kommt nichts dergleichen, ist meiner Meinung nach vorbei. Der Gedanke, dass vorgesorgt werden muss, bricht sich Bahn.

Das Gestein bewegt sich also. Erdbeben oder rechtzeitige Sicherung der Siedlungsräume? Gelegentlich wird auch die Räumung bestimmter Positionen notwendig sein. Die Reformen suchen sich einen Weg, wie Lava durch das Gestrüpp. Es bleibt die Frage, ob die gegenwärtige politische Klasse bei diesem Prozess eine Führungsrolle spielt oder ob sie weggespült wird. Das weiß ich auch nicht. Beides ist möglich. Aber eines von beiden passiert.